



Tausende Windkraftanlagen stehen in Rheinland-Pfalz - und das zum Teil schon ziemlich lange. Nun läuft bald die Förderung aus.

Foto: Kara

Was mit alten Windrädern geschieht

Energie Für viele Anlagen läuft bald die Förderung aus – Weiternutzen oder verschrotten?

Von Christian Schultz

■ **Rheinland-Pfalz.** Vor mehr als 20 Jahren begann der große Aufschwung der Windenergie. Feste Einspeisevergütungen und Förderprogramme kurbelten die Branche an. In den kommenden Jahren endet nun die ursprünglich geplante Betriebszeit vieler Anlagen. Zahlreiche Betreiber stehen vor der Frage, ob sie die Windräder weiterbetreiben, verkaufen oder schlicht entsorgen sollen. Alles hat Vor- und Nachteile. Derweil ist die Entwicklung neuer Entsorgungswege in vollem Gange.

Voraussetzung für eine Verlängerung der Betriebszeit ist eine erfolgreiche technische Begutachtung, wie Jürgen Fuhrländer von der Gesellschaft für Windenergieanlagen aus Rennerod erklärt. Auch er selbst nimmt Anlagen unter die Lupe. Gecheckt werden etwa die Standsicherheit und ob ein unfallfreier Weiterbetrieb sichergestellt ist. „Viele Anlagen haben ein hohes Restlaufzeitpotenzial“, sagt er. Auch Felix Wächter, Sprecher des

Wörstädter Energiespezialisten Juwi, sagt: „Unsere Erfahrung zur Lebensdauer ist, dass viele Altanlagen unter technischen Gesichtspunkten weiterbetrieben werden können.“

Also klares Ja fürs Weiterdrehen? Nicht unbedingt. Laut der Branchenorganisation Deutsche Windguard kostet ein Gutachten für einen Weiterbetrieb je nach Anlage und Standort zwischen 5000 und 20 000 Euro. Zudem stellt sich die Frage der Wirtschaftlichkeit, wenn Anlagen nach 20 Jahren aus der Einspeisevergütung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) herausfallen. Auch bei vor dem Jahr 2000 errichteten Anlagen wird das ab Ende 2020 der Fall sein – also in nicht allzu ferner Zukunft.

Der Deutschen Windguard zufolge dürften dann bundesweit etwa 6000 Windkraftanlagen betroffen sein; Tausende weitere kommen in den Folgejahren dazu. Fakt ist: Nach Ablauf der EEG-Vergütung muss der mit diesen Anlagen er-

zeugte Strom zu Börsenpreisen verkauft werden. Während es vorher rund 9 Cent pro Kilowattstunde gewesen sind, kann der Ertrag dann auf nur noch knapp 3 Cent schrumpfen, sagt Fuhrländer. Entsprechend wird an alternativen Nutzungen gearbeitet.

In diesem Jahr geht in Rheinland-Pfalz die erste Anlage in Betrieb, bei der mit Windkraft Wasserstoff produziert wird – „grüner Wasserstoff“, wie Fuhrländer sagt. Den Markt dafür sieht er durchaus, etwa beim Blick auf das große Thema Brennstoffzellen-Antrieb.

Wächter zufolge rentiert sich das Festhalten an Standorten oft, wenn alte durch neue Anlagen ersetzt werden. Der Ertrag von Windkraftanlagen hat sich Wächter zufolge enorm erhöht. Auch das rheinland-pfälzische Energieministerium sieht in dem Austausch alter durch neue Anlagen die Chance, geeignete Standorte effizient und bei „geringer optischer Belastung“ zu nutzen. Weniger Anlagen mit höherer Leis-

tung könnten zu einer größeren Akzeptanz der Standorte in der Bevölkerung führen.

2014 sind dem Ministerium zufolge im Land 64 Anlagen auf diese Art ausgetauscht worden, 2015 dann 14 und drei im Jahr 2016. Von 2020 an soll die Zahl wieder steigen. Allerdings: Mancherorts geht der Austausch wegen neuer Abstandsregeln etwa zu Wohngebäuden nicht, wie Ciro Capricano sagt. Er hat eine auf Windkraft spezialisierte Beraterfirma in Diez.

Eine weitere Alternative ist der Verkauf der Anlagen nach einer Generalüberholung auf dem sogenannten Zweitmarkt. Die Türme werden abgebaut, an anderer Stelle im Ausland aufgebaut und weiterbetrieben. „Die ausgereifte deutsche Technik ist da sehr beliebt“, sagt Fuhrländer. Auch der Bundesverband Windenergie spricht von einem „gut funktionierenden Markt für Altanlagen“. Wichtige Abnehmer sind demnach die ehemaligen GUS-Staaten, Polen und südosteu-

ropäische Länder, betont der Geschäftsführer Strategie und Politik des Verbandes, Wolfram Axthelm.

Oder es kommt eben doch zu Abbau und Entsorgung. Dabei fällt reichlich Material an, das es möglichst zu recyceln gilt. Die Tonnen an Stahl, Beton und Kupfer lassen sich problemlos entsorgen, wie Capricano erklärt. Der Beton kann etwa im Straßenunterbau verwendet werden, Metall ist ohnehin begehrt. Problematischer sind die Rotorblätter, die früher den Kunststoff Polyester enthalten haben und heute Epoxydharz. Früher kamen viele der Blätter auf Deponien – das geht heutzutage nicht mehr.

Auch der Bundesverband Windenergie sieht in der Verwertung von Rotorblättern die größte Herausforderung. In ihnen stecken auch metallische Leitungen zur Ableitung von Blitzen, meist aus Kupfer oder Aluminium, sowie Heizelemente aus Metall an der Vorderkante, um die Bildung von Eis zu verhindern. Die Blätter haben aufgrund ihrer Zusammensetzung einen hohen Energiegehalt, weswegen mancher Entsorger sie verbrennt, erklärt der Verband. Allerdings braucht es dafür spezialisierte Betriebe.

Experte Capricano hofft deshalb auf ein neues Verfahren im Probebetrieb, bei dem Rotorblätter zermahlen werden. Der Glasfaserschaub, der dann entsteht, kann Beton als Bindemittel zugeführt werden.

Mehr als 1500 Windräder drehen sich in Rheinland-Pfalz

Ende vergangenen Jahres standen laut der Branchenorganisation Deutsche Windguard 1690 Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz. Sie hatten eine Gesamtleistung von 3400 Megawatt. Nach Anga-

ben des rheinland-pfälzischen Energieministeriums ist das Land damit unter den südlichen Bundesländern an der Spitze bei Anlagenzahl und Gesamtleistung. Das Ministerium rechnet damit,

dass künftig weniger Windkraftanlagen hinzukommen als zuletzt. Grund ist die Deckelung der Förderung von Windenergieanlagen im sogenannten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Wissing: Jeder muss sich Hetze entgegenstellen

Interview Warum die AfD für den FDP-Landesvorsitzenden im Verdacht steht, eine rechtsextreme Partei zu sein

■ **Rheinland-Pfalz.** Die AfD steht für den rheinland-pfälzischen FDP-Landesvorsitzenden, Wirtschaftsminister Volker Wissing, „im Verdacht, eine rechtsextreme Partei zu sein“. Sie verteidigt nicht das christliche Abendland, „sondern zerstört es“. Die AfD schüre auch im rheinland-pfälzischen Landtag Fremdenfeindlichkeit. „Das widerspricht zutiefst dem christlichen Menschenbild.“ Dem neuen Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer (CSU), für den der Islam nicht zu Deutschland gehört, hält Wissing entgegen: Es sei ein Unding, dass sich ein Verfassungsminister hinstellt und versucht vorzugeben, welche Religionen zu Deutschland gehören oder nicht. Das Interview im Wortlaut:



FDP-Landeschef Wissing: Die AfD verteidigt das christliche Abendland nicht, sie zerstört es. Foto: dpa

In welchem politischen Spektrum sehen Sie die AfD?

Seit Aschermittwoch und der Rede von André Poggenburg, dem Landesvorsitzenden der AfD Sachsen-Anhalt, steht die Partei für mich im Verdacht, eine rechtsextreme Partei zu sein. Dass Poggenburg ein ganzer Saal zugejubelt hat, als er alle Türken als Kameltreiber diffamierte, ist erschreckend.

Sind Ihrer Ansicht nach einzelne Mitglieder der AfD als rechtsextrem einzustufen oder die ganze Partei? Auch wenn Poggenburg seine Ämter niederlegt: Die klare Distanzierung von ihm sehe ich nicht, auch

Aber die AfD selbst versteht sich als Partei, die das christliche Abendland verteidigen will – gegen den Islam.

Sie verteidigt es nicht, sondern zerstört es. Denn es gehört zu den Werten des christlichen Abendlands und des Grundgesetzes, niemanden wegen seiner Nationalität oder Religion zu diffamieren. Aber es gehört zur Methode der AfD, diese Grenzen immer wieder zu überschreiten, auch im rheinland-pfälzischen Landtag.

Werfen Sie dies dem AfD-Chef Uwe Jung ein der Debatte um die Tötung eines Mädchens in Kandel vor? Da sagte er: „Die Behörden und Beteiligten hätten wissen müssen, dass die einseitige Auflösung einer bestehenden Liebesbeziehung für männliche Afghanen eine unerträgliche Ehrverletzung darstellt, die nach Sühne und Vergeltung verlangte und die Bluttat geradezu unausweichlich machte.“

Dieser Fall muss ausermittelt und dann abgeurteilt werden. Das verlangt unser Rechtsstaat. Uwe Jung versucht aber, den Fall zu instrumentalisieren – ohne Achtung vor anständigen Afghanen. Auch ich will nicht als kriminell diskriminiert werden, nur weil es auch viele deutsche Straftäter gibt.

Muss die AfD nach Ihrer Meinung vom Verfassungsschutz beobachtet werden?

Ob dies eine Lösung ist, haben die in Land und Bund für den Verfassungsschutz Verantwortlichen zu entscheiden. Mir kommt es darauf an, dass alle anderen Parteien und jeder in der Bevölkerung die AfD sowie die von ihr gewollten Tendenzen genau beobachtet und ihnen eine klare Haltung entgegenstellt. Wir sind das Land der humanitären Aufklärung. Das wurde schon einmal vergessen. Damals wurden Menschen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe diffamiert – auch ein Kind in Not, das nichts anderes getan hat, als geboren zu werden. Diese Folgen muss sich die Gesellschaft vor Augen halten, wenn sie einer perfiden Stimmungsmache Raum gibt. Die Hetze darf sich nicht selbstständig und verharmlost werden. Jeder ist aufgefordert, sich einzumischen. Wer dem Hass nicht entgegentritt, macht ihm den Weg frei.

Warum haben Sie die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel vom Herbst 2015 kritisiert?

Die Kanzlerin hat die Grenzen geöffnet, aber der Gesellschaft keine Orientierung gegeben. Damit wurde der Raum für die AfD freigegeben. Dies kritisiere ich, aber deshalb rechtfertige ich nicht die Methoden der AfD. Man kann über jedes Thema reden und streiten – in der Sache, aber nicht mit dem Ziel, Menschen wegen ihrer Herkunft oder

Religion zu diffamieren. Immer muss geschaut werden, ist dies ein Kind, ein Arzt, der Menschen hilft, oder eben jemand, der kriminell geworden ist. Aber vor Straftätern ist keine Schicht oder Nationalität gefeit. Wer Menschen ihre Individualität abspricht und sie auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe reduziert, sei es über die Nationalität oder die Religion, der spricht ihnen ihre Einzigartigkeit ab und legt damit die Grundlage für Entmenschlichung, Hass und Fremdenfeindlichkeit. Das widerspricht diametral dem christlichen Menschenbild. Wir müssen unseren Verstand einschalten, sonst verlieren wir unser Herz.

Wie werten Sie die Aussage von Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer (CSU), wonach der Islam nicht zu Deutschland gehört? Herr Seehofer macht kein Integrationsangebot, er grenzt aus. In einem Staat, der die Religionsfreiheit in seiner Verfassung festgeschrieben hat, ist es ein Unding, dass ein Verfassungsminister sich hinstellt und versucht vorzugeben, welche Religionen zu oder nicht zu Deutschland gehören. Zu Deutschland gehört unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das Bekenntnis zu ihr entscheidet darüber, wer zu Deutschland gehört, nicht das religiöse Bekenntnis.

Das Gespräch führte **Ursula Samary**

Kompakt

Kindergeld auch bei dauerhafter Krankheit

■ **Rheinland-Pfalz.** Kindergeld kann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gezahlt werden. Die Voraussetzung: Das Kind absolviert nach seinem Schulabschluss ein Studium, eine Ausbildung, ein berufsvorbereitendes Praktikum oder einen anerkannten Freiwilligendienst. Der Anspruch besteht auch fort, wenn ein Kind zwar seine Ausbildung wegen einer dauerhaften Erkrankung unterbrechen muss, es aber weiterhin ausbildungswillig ist. Das entschied das Finanzgericht Rheinland-Pfalz (Az.: 2 K 2487/16), wie die „Neue juristische Wochenschrift“ berichtet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Damwild gerissen: War es ein Wolf?

■ **Leutesdorf.** In einem Damwildgehege in Leutesdorf (Kreis Neuwied) ist in der Nacht von Freitag auf Samstag ein Muttertier gerissen worden. Der Besitzer und die Kreisveterinärin vermuten, dass ein Wolf das Tier gerissen hat. Darauf würden die Aufnahmen einer Überwachungskamera und der für einen Wolf typische Kehlkopfbiss hindeuten. Gewissheit soll ein DNA-Test der zuständigen Landesstiftung Natur und Umwelt bringen. Zuletzt war 2016 im Kreis Neuwied ein Wolf nachgewiesen worden. 2012 war ebenfalls im Kreis Neuwied der landesweit erste Wolf nach mehr als 100 Jahren nachgewiesen und später im Westerwaldkreis illegal erschossen worden. *obi*

Neue Chefs in Remagen und an der Nahe

■ **Remagen/Bad Kreuznach.** Björn Ingendahl wird neuer Bürgermeister von Remagen (Landkreis Ahrweiler). Der von den Grünen nominierte, aber parteilose Kandidat gewann die Stichwahl deutlich gegen Mitbewerber Walter Köbbing (CDU). Ingendahl vereinte 62,03 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich. Köbbing erhielt 37,97 Prozent. Als neuer Bürgermeister folgte Ingendahl auf Herbert Georgi (CDU). Die Wahlbeteiligung betrug 42,64 Prozent. Der parteilose Marc Ullrich ist neuer Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach. In der Stichwahl setzte er sich mit 51,1 Prozent der Stimmen knapp gegen Andrea Silvestri (CDU) durch, die auf 48,9 Prozent kam. Ullrich wurde von der SPD unterstützt und folgt auf Peter Frey (SPD).

Diakonie gegen eine generelle Altersfeststellung

Flüchtlinge Organisation kritisiert Landkreistag

■ **Rheinland-Pfalz.** Die Diakonie hat die Forderung des Landkreistags kritisiert, das Alter junger Flüchtlinge generell mit medizinischen Kontrollen zu überprüfen. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie, Pfarrer Albrecht Bähr, betonte, dass es derzeit kein medizinisches Verfahren gebe, um das Alter innerhalb einer Spanne von zwei Jahren genauer einzugrenzen. Auch mit einer DNA-Analyse sei dies nicht möglich. Ähnlich hat sich auch das Integrationsministerium geäußert.

Der Landkreistag hatte am Donnerstag gefordert, das Alter jugendlicher Flüchtlinge „konsequent mit medizinischen Verfahren“ zu überprüfen. „Die Nachweispflichten und die ‚Beweislast‘ für das Alter müssen noch mehr auf die Flüchtlinge selbst verlagert werden.“ Der Vorsitzende des Landkreistags, Günther Schartz (CDU), sagte, bisher hätten sich die Kreise Gernersheim und Kaiserslautern für eine generelle medizinische Altersfeststellung ausgesprochen. Später ruderte der Kreis Kaiserslautern zurück. „Daran merkt man die Unsicherheiten“, erklärte Schartz. Sein Spitzenverband wolle eine gemeinsame Linie finden.